



Die Dusche ist zum Symbol des Sparaufrufs in Deutschland geworden. Tatsächlich aber möchte die Mehrheit der Baden-Württemberger im persönlichen Bereich oder bei öffentlichen Bädern nicht so gerne sparen. Bruno Barillari/stock.adobe.com

Meinungsumfrage im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen
Thema: Maßnahmen, um die aktuelle Krisensituation zu bewältigen

Sparen ja, aber wo genau?

STUTTGART.

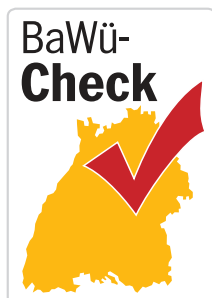
VON ULRIKE TRAMPUS

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht zum Sparen aufgerufen wird: Energie und auch Geld, um die stetig steigenden Lebenshaltungskosten schultern zu können. Auch bei vielen Kommunen ist der Sparappell der Politik bereits angekommen: Energieintensive Leistungen werden auf den Prüfstand gestellt.

Je weiter die Pläne fortschreiten, desto mehr befürchten die Bürgerinnen und Bürger im Land, dass sie persönlich dadurch belastet werden. 45 Prozent der im August für den BaWü-Check der baden-württembergischen Tageszeitungen vom Institut für Demo-

skopie Allensbach befragten Menschen gehen davon aus, dass es am eigenen Wohnort zu Sparmaßnahmen kommt. Tatsächlich sind in einigen Gemeinden, darunter auch Ludwigsburg, bereits konkrete Vorschläge umgesetzt.

So gibt es zum Beispiel im Freibad Hoheneck kein warmes Duschwasser mehr, die Saunalandschaft im Stadionbad bleibt geschlossen. Gerade solche Aktionen kommen aber bei vielen Menschen im Land nicht besonders gut an. Nur 24 Prozent sind dafür, dass Schwimmbäder, Thermen und Saunen vorübergehend geschlossen werden sollten. Ebenfalls 24 Prozent hätten Verständnis, wenn Volksfeste oder Weihnachtsmärkte abgesagt wer-



Stimmungsbild

Was treibt die Baden-Württemberger um, wie sehen sie die Stimmung im Land? Das wollen die Tageszeitungen aus Baden-Württemberg in der gemeinsamen Umfrage BaWü-Check wissen und arbeiten dafür mit dem Institut für Demoskopie Allensbach zusammen.

den würden. „Die Bevölkerung ist sich bewusst, dass es sich angesichts der drohenden Engpässe gar nicht vermeiden lässt, den Energiebedarf zu drosseln“, stellen die Meinungsforscher fest. Aber: „Vielen Bürgern fällt es offensichtlich leicht, vor allem solche Vorschläge zu unterstützen, von denen sie persönlich nur wenig betroffen sind“, so das Fazit der Demoskopie.

Die Daten zu diese Annahme: Auf die Beleuchtung von öffentlichen oder historischen Gebäuden könnten 75 Prozent verzichten, 57 Prozent freunden sich damit an, diese Gebäude nur noch mit 19 Grad zu beheizen. Auch die Straßenbeleuchtung stellt die Hälfte infrage. Interessant ist in diesem

Zusammenhang, dass die Bürger aber die finanzielle Situation in ihrer Gemeinde als gut (44 Prozent) oder gar sehr gut (sechs Prozent) einschätzen. In Dörfern oder Städten bis zu 20000 Einwohnern sind es sogar insgesamt 53 Prozent. Bewohner auf dem Land sind deshalb auch, was die persönliche Betroffenheit durch Sparmaßnahmen anbelangt, entspannter als Großstädter.

Dies alles kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Stimmung im Land weiter eintrübt. „Immer mehr Baden-Württemberger blicken sorgenvoll in die Zukunft“, stellen die Meinungsforscher fest. Anfang des Jahres waren es nur 19 Prozent, jetzt sind es doppelt so viele.



Winfried Kretschmann...

ist der mit Abstand bekannteste Landespolitiker. Der grüne Ministerpräsident kommt in Baden-Württemberg auf einen Bekanntheitsgrad von 86 Prozent.



Danyal Bayaz...

ist als Finanzminister fürs Geld zuständig. Obwohl über die Haushaltslage zur Zeit viel gesprochen wird, kennen den Grünen-Politiker nur 19 Prozent der Bürger im Land.



Thomas Strobl...

steht nicht nur als Vize-Ministerpräsident, sondern auch wegen eines laufenden Untersuchungsausschusses zur Dokumentenaffäre in der Öffentlichkeit. 58 Prozent geben an, schon einmal von dem CDU-Politiker gehört oder gelesen zu haben.



Theresa Schopper...

ist als Kultusministerin die Frau, die die Bildungspolitik im Land bestimmt. Allerdings: Nur 15 Prozent geben an, die Grünen-Politikerin überhaupt zu kennen. Vielleicht ändert der Schulanfang am Montag daran etwas? (tr)

54 %

der Baden-Württemberger gehen davon aus, dass es angesichts der aktuellen Krisen unumgänglich ist, dass das Land **neue Schulden** macht. 27 Prozent glauben, dass der derzeit beratene Haushalt 2023/24 ohne neue Kredite auskommen kann. 19 Prozent der Befragten sind unentschieden.

47 %

der Befragten betrachten die **finanzielle Lage** von Baden-Württemberg als gut oder sogar sehr gut. 36 Prozent sind weniger optimistisch. Über die Finanzpolitik der Regierung sind sie geteilter Meinung: 29 Prozent sehen sie als solide an, 30 Prozent nicht. 41 Prozent geben kein Urteil ab.

41%

der Bürger im Land sind dafür, dass die Politik den **Ausbau von Windkraftanlagen und Stromtrassen** vorantreibt. 49 Prozent fordern zudem die Förderung von Umwelt- und Klimaschutz. Am wichtigsten aber ist den Baden-Württembergern (64 Prozent) bezahlbarer Wohnraum.

47%

der Bürger im Land hält es für übertrieben, dass die Landesministerien einen Bedarf von **zusätzlichen Stellen** angemeldet haben. In der Nacht auf den gestrigen Dienstag einigte sich die Haushaltskommission auf 1700 neue Stellen vor allem für Lehrer, Justiz und Polizei.

67%

der Menschen im Land schaut mit **Befürchtungen und Skepsis** in die Zukunft. Im Juni waren es noch 63 Prozent. Seit Anfang des Jahres nehmen die Sorgen der Menschen damit kontinuierlich zu, da sie seit Beginn der Corona-Pandemie mit einer Vielzahl von Krisen konfrontiert sind.



Ulrike Trampus
Chefredakteurin

Mit dem BaWü-Check, den die baden-württembergischen Tageszeitungen gemeinsam 2021 ins Leben gerufen hatten, gelingt es, aktuelle Entwicklungen direkt bei den Bürgern im Land abzufragen. So zeichnet sich mehrmals im Jahr ein interessantes Stimmungsbild ab, das für die Bürger selbst, für uns Journalisten und auch für die politisch und gesellschaftlich handelnden Personen wertvolle Impulse gibt.

Wie sollte in den Kommunen Energie eingespart werden?

Frage: „Welchen der folgenden Vorschläge fänden Sie gut, wie sollte in den Städten und Kommunen Energie eingespart werden?“

Auf das Beleuchten/Anstrahlen öffentlicher oder historischer Gebäude in der Nacht verzichten.

75%

Öffentliche Gebäude nur bis maximal 19 Grad beheizen.

57%

Die nächtliche Straßenbeleuchtung früher abschalten.

51%

Ampelanlagen in der Nacht teilweise abschalten.

48%

Die Raumtemperatur in Sport- und Turnhallen absenken.

48%

Die Nutzung von Warmwasser in öffentlichen Gebäuden, Schulen usw. einschränken.

41%

Die Wassertemperatur in Schwimmbädern absenken.

41%

In der Verwaltung weitgehend auf Homeoffice umstellen, um Heizkosten zu sparen.

38%

Schwimmbäder, Thermen, Saunen od. ähnliche Einrichtungen vorübergehend schließen.

24%

Große Volksfeste und Weihnachtsmärkte absagen.

24%

Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6164/V. Grafik: LKZ/Thomas Csulits

Finanzpolitik der Landesregierung

Frage: „Spart die Landesregierung genug, oder müsste sie noch mehr sparen, oder spart sie zu viel?“

Es sind der Meinung, die Landesregierung –

Bevölkerung insgesamt

spart genug

19%

müsste noch mehr sparen

31

spart zu viel

16

Unentschieden, weiß nicht

34